

Zur Flüchtlingssituation in Rheine

Als am 9. September der Sozialausschuss das erste Mal tagte, baten wir die Verwaltung, uns über die aktuelle Flüchtlingssituation in Rheine Informationen zukommen zu lassen. Das sagte man uns für die nächste Ausschusssitzung auch zu. Zwischenzeitlich fand am 20. Oktober der Flüchtlingsgipfel der Landesregierung statt, bei dem eine Erhöhung der Mittel für die Unterbringung von Flüchtlingen zugesagt wurde. Am 21. Oktober erhielten wir dann die Presseerklärung der Kommunalen Spitzenverbände, in dem die in Aussicht gestellten Verbesserungen begrüßt werden.

Unsere Ratsfraktion reagierte darauf mit einer Anfrage an die Bürgermeisterin am 23. Oktober und stellte die Fragen, wie hoch die Zusatzmittel für Rheine sein werden, wie deren Verwendung geplant ist, wie hoch die aktuelle Anzahl von Flüchtlingen ist und wo diese untergebracht sind. Seitens der Verwaltung erhielten wir die Zusage, dass unsere Anfrage im nächsten Sozialausschuss beantwortet werden würde.

Parallel zu unserer Anfrage haben wir eine Pressemitteilung mit folgendem Text lanciert:

Zur Flüchtlingssituation in Rheine - DIE LINKE fragt nach

Auf dem Flüchtlingsgipfel hat die Landesregierung eine Erhöhung der Mittel für die Unterbringung von Flüchtlingen von 25 %, bzw. 40 Mio Euro für NRW zugesagt. Damit soll die Lebenssituation der Flüchtlinge verbessert werden. Das wurde auch höchste Zeit meint DIE LINKE. Es ist doch bedauerlich, dass erst Skandale wie die unsägliche Behandlung von Flüchtlingen in deren Unterkünften zu dieser längst fälligen Maßnahme führen. Und doch muss noch weit mehr geschehen, denn noch immer sterben hunderte Menschen monatlich im Mittelmeer, nicht zuletzt wegen der anhaltenden Abschottungspolitik Europas. Wie sieht das in Rheine aus? DIE LINKE. Ratsfraktion Rheine beobachtet die Flüchtlingssituation vor Ort und hat die Bürgermeisterin in einer aktuellen Anfrage um Auskunft zur Anzahl der in Rheine lebenden Flüchtlinge, der Höhe der zu erwartenden Landesmittel und deren geplante Verwendung gebeten.

Hier nun die Antworten aus dem Ausschuss vom 11. November:

Aufgrund der Entscheidung des Flüchtlingsgipfels wird der Stadt Rheine in 2015 etwa €169.000 mehr zur Verfügung stehen. Von der gesamten Leistungserstattung entfallen 4,5% auf die Kosten für die Betreuung der Flüchtlinge. Im Oktober 2014 allein wurden 55 Flüchtlinge neu aufgenommen, bisher sind das in diesem Jahr 370 Menschen. Hierbei erhalten Flüchtlinge aus Syrien derzeit nur Krankenhilfe, die übrige Versorgung übernehmen Familienangehörige. Mit einer Zunahme von Flüchtlingen in 2015 rechnet auch die Verwaltung. Die Unterbringung soll auch weiterhin dezentral erfolgen. Zurzeit werden 57 Wohnungen belegt, 2 Wohnblöcke mit jeweils 11 kleinen Wohneinheiten und eine Sammelunterkunft, in dem 22 Einzelpersonen untergebracht sind.

Letzte valide Daten sollen in der Niederschrift der Ausschusssitzung bekannt gegeben werden.

Die Verwaltung hat im Stellenplan im Rahmen der Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen für den Bereich Migration/Flüchtlinge eine weitere 0,5 Stelle eingestellt. Zunächst schien es während der Beratung im Sozialausschuss so, als würde die CDU-Fraktion die Notwendigkeit hierfür in Frage stellen. Die Einwendungen der anderen Fraktionen und die ausführliche Beschreibung der hier zu leistenden Aufgaben führten letztlich jedoch dazu, dass diese zusätzliche, unbefristete Stelle im Haushaltsplanentwurf enthalten bleibt.

Die Linke im Rat der Stadt Rheine machte deutlich, dass es in Anbetracht der stetig steigenden Anzahl an Flüchtlingen absehbar sein wird, dass weiteres Personal für eine umfängliche Betreuung einzustellen sein wird, will Rheine weiter eine Willkommenskultur pflegen. Wir kritisieren an dieser Stelle die Haltung der Verwaltung, die auf den weiteren Anstieg der Flüchtlingszahlen mit einer Planung *von Woche zu Woche* reagieren will. Zumindest in den Sitzungen des Sozialausschusses werden wir jetzt regelmäßig dieses Thema anfragen und sowohl die Art der Unterbringung, wie auch den Umfang der Betreuung beobachten.